

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/02/2016
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 23.02.2016
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
4. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Bericht der interfraktionellen Gruppe zur Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen
7. . Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016/2017 und der HSP-Maßnahmen
2. Lesung
8. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

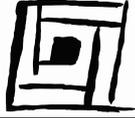
Frau Timm-Bergs begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass es bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt.

2. . Mitteilungen

Frau Kaufmann informiert über eine Vereinbarung, die man am gestrigen Tage mit der Bezirksregierung Arnsberg getroffen habe. Es sei dabei um die Notunterkunft in Delstern gegangen. Diese Unterkunft habe bislang 600 Plätze vorgehalten. Perspektivisch seien 800 Plätze bis zum Ende des Jahres 2017 vorgesehen gewesen. Aus technischen Gründen seien die 800 Plätze nicht zu belegen. Die Einrichtung werde nur auf maximal 732 Plätze aufgestockt werden. Im Gegenzug habe die Stadt dann eine Anzahl von Flüchtlingen anderweitig unterzubringen. Das werde man durch die Spielbrinkschule gewährleisten. Diese werde bis zum Ende des Jahres weitergeführt. Dort stünden 300 Plätze zur Verfügung. Im Moment sei die Sporthalle weiter in Benutzung. Die Schule werde weiterhin als Notunterkunft des Landes geführt.

Herr Goldbach berichtet über eine erneute Anpassung des Preises für das Sozialticket. Dieses sei zum 01. Januar von 3,90 € auf 31,95 € erhöht worden und werde zum 01. April erneut erhöht um 2,80 € auf 34,75 €. Das sei eine Erhöhung innerhalb kürzester Zeit um einen nennenswerten Betrag. Hintergrund sei, dass trotz wachsendem Landeszuschuss nach Angaben des VRR die Kosten nicht auskömmlich seien. Man müsse kostendeckend kalkulieren.

Frau Timm-Bergs richtet im Auftrag der Geschäftsführung eine Bitte an die Ausschussmitglieder. Wenn neben dem ordentlichen Mitglied auch dessen Vertreter anwesend sei, solle dieser sich am Rande auf die Stühle setzen, um einen besseren Überblick bei Abstimmungen zu gewährleisten. Weiterhin bitte sie, Frau Hogrebe bei Nichtteilnahme direkt vorab zu informieren.



3. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth teilt mit, dass der Beirat für Menschen mit Behinderungen noch nicht getagt habe. Er freue sich, berichten zu können, dass es eine neue Mikrofonanlage im Ratssaal gebe, die Menschen mit Hörbehinderungen helfe. Er rege an, im Vorfeld der Ratssitzung darauf hinzuweisen.

4. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Homm teilt mit, dass auch der Seniorenbeirat noch nicht wieder getagt habe.

5. . Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet, dass auch der Integrationsrat noch nicht wieder getagt habe.

6. . Bericht der interfraktionellen Gruppe zur Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen

Frau Timm-Bergs berichtet vom ersten Treffen der interfraktionellen Gruppe Flüchtlinge. Man habe von der Verwaltung einen ausführlichen Bericht zur derzeitigen Situation gehört. Man habe sich darauf verständigt, dass man sich noch einmal in den Fraktionen dazu austauschen wolle, um dann im April weiter darüber zu beraten, wie man mit den beiden Anträgen der Fraktionen umgehen wolle.

Frau Cramer ergänzt, dass bei der kommenden Sitzung der interfraktionellen Gruppe im April über ein Wohnraumkonzept gesprochen werden solle. Zu diesem Thema bräuchte man noch weitere Informationen. Außerdem seien auch die finanziellen Belange angesprochen worden.

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass mit den Sitzungsunterlagen das Protokoll der letzten Sitzung des Runden Tisches zum Thema Flüchtlinge, Ergebnisse der verschiedenen Workshops und das Integrationskonzept verschickt worden seien.

Weiterhin nennt sie einige Zahlen zur Gesamtsituation bei der Unterbringung der Flüchtlinge (**siehe Anlage zu TOP 6**).

In diesem Jahr gehe man von Kosten in Höhe von 19,6 Millionen Euro aus.



Auf 1000 Einwohner in Hagen kämen derzeit 8 Flüchtlinge. Sie fände diese Größenordnung wichtig, um sich einen Eindruck davon zu machen, wie die Belastung aussähe. Das sei gut zu schaffen. Wichtig sei es, auf eine ausgewogene Verteilung innerhalb des Stadtgebietes hinzuwirken. Die Verwaltung sorge dafür, dass die Flüchtlinge gut untergebracht würden. Eine Unterbringung in Zelten oder Containern sei nicht geplant.

Zum Thema Schule berichtet sie, dass es derzeit eine schwierige Situation im Kommunalen Integrationszentrum gebe, da zwei Lehrerinnen erkrankt seien, die sich um die schulische Versorgung der Kinder kümmerten. Im Moment gebe es eine Warteliste. Man gehe aber davon aus, dass diese Warteliste in den nächsten Wochen abgearbeitet werde.

7. . **Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016/2017 und der HSP-Maßnahmen** **2. Lesung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Timm-Bergs begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Reimann vom Fachbereich Finanzen und Controlling und Frau Kurnoth und Frau Dr. Sommer vom Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz.

Frau Reimann weist zunächst auf zwei Veränderungen hinsichtlich des Haushaltsplanentwurfes hin.

Die Planung der pauschalen Personalkostenerstattung für die Landesunterkünfte sei angepasst worden. Geplant gewesen seien rd. 2,4 Millionen €. Nun reduziere sich der Planwert in 2016 um rd. 1,8 Millionen €. Ab 2017 entfielen die gesamten Erstattungen. Die Gründe dafür seien, dass zwei Landesunterkünften 2016 und die dritte im Jahr 2017 geschlossen würden. Die vierte Landesunterkunft in Delstern werde nicht in Amtshilfe betrieben.

Dafür ergebe sich bezüglich der Planung für die kommunalen Asylbewerber im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf eine Verbesserung von 77.366 € in 2016 und 218.964 € in 2017. Grundlage für die Berechnung sei eine hochgerechnete Zahl von 2.159 Asylbewerbern in 2016 in Hagen. Sie erläutert die genaue Berechnung der Gesamterträge für die kommunalen Asylbewerber aufgrund des Erlasses des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 11.02.2016 in Höhe von 21,6 Millionen € in 2016 und 22,9 Millionen € in 2017, die gleichzeitig als Ertrag und Aufwand eingeplant würden.

Herr Goldbach beantwortet Fragen von Herrn Ostermann und Frau Sauerwein.

Frau Timm-Bergs stellt den Beschluss zum Haushaltsplanentwurf 2016/2017 zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2016/2017 unter Berücksichtigung der von der Verwaltung dargestellten Veränderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen			2
Hagen Aktiv			1
FDP	1		
AfD			1
Die Linke		1	
BfHo/Piraten Hagen			1

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10
Dagegen: 1
Enthaltungen: 5

1. Abstimmung über Maßnahme 16_53.001 – Streichung der Zuschüsse zu den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Herr Quadt möchte wissen, wie es zu der Verteilung des Zuschusses an die AWO und die evangelische Kirche gekommen sei.

Herr Strate vom Fachbereich Gesundheit weist darauf hin, dass die genannten Zahlen korrigiert werden müssten. Der Zuschuss an die AWO betrage 18.000 € und an die evangelische Kirche 3.000 €. Die restlichen 5.000 € gingen an Donum Vitae.

Er schildert die Entwicklung der Zuschussverträge.

Frau Timm-Bergs lässt über die Maßnahme abstimmen.



Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der Streichung der Zuschüsse zu den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD		4	
Bündnis 90/ Die Grünen		2	
Hagen Aktiv		1	
FDP	1		
AfD		1	
Die Linke		1	
BfHo/Piraten Hagen		1	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 6
 Dagegen: 10
 Enthaltungen: 0

2. Abstimmung über Maßnahme 16_53.002 – Kürzung des Zuschusses für Beratungen bei Essstörung

Frau Sauerwein stellt fest, dass ihre Fraktion die Kürzung des Zuschusses für die Beratungen bei Essstörung ablehne, aber vorschläge, das Paket der Suchterkrankungen neu zu bewerten, da es eine Vielzahl von Suchterkrankungen gebe.

Herr Schmidt vom Fachbereich Gesundheit nimmt dazu Stellung. Es sei leider bisher nicht gelungen, die Suchtstruktur in Hagen zu verändern. Das habe an vielen verschiedenen Faktoren gelegen. Das Problem liege darin, dass die Beratungsstelle für Essstörung eigentlich eine Beratungsstelle für Suchterkrankung sei. Essstörung sei keine Suchterkrankung. Eigentlich handle es sich um therapeutische Dienstleistungen, die von den Krankenkassen bezahlt werden müssten.

Herr Ostermann ist der Meinung, dass man diesen Zuschuss kürzen könne, wenn man darstelle, dass die Arbeit inhaltlich so ausgelegt sei, dass sie tatsächlich als Kassenleistung abzurechnen sei. Solange das nicht konzeptionell



klar sei, sollte der Zuschuss aus Sicht seiner Fraktion weitergeführt werden. Man sollte aber alle vorbereitenden Maßnahmen treffen, damit Kassenleistungen auch von den Krankenkassen bezahlt und konzeptionell umgesetzt würden.

Frau Timm-Bergs stellt die Maßnahme zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der Kürzung des Zuschusses für Beratungen bei Essstörungen zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD		4	
Bündnis 90/ Die Grünen		2	
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD			1
Die Linke		1	
BfHo/Piraten Hagen		1	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 7
Dagegen: 8
Enthaltungen: 1

3. Abstimmung über Maßnahme 16_55.004 – Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration

Herr Ostermann hält die vorgeschlagene Einsparungssumme von 500.000 € für vollkommen illusionär. Er weist in diesem Zusammenhang auf ein Grundsatzurteil des Bundessozialgerichtes vom 3. Dezember des Vorjahres hin. Dieses Urteil sei in Hagen noch in der Prüfung. Er beschreibt seinen Standpunkt in der Angelegenheit.

Er schlägt vor, auch bei den folgenden Maßnahmen anstelle der genannten Zahlen einen haushaltsplanerischen Merkposten einzusetzen, zum Beispiel



50.000 €, 26.000 € und 30.000 €. Im Anschluss können wir schauen, was die Praxis tatsächlich bringt.

Frau Kaufmann berichtet, dass dieses Thema im Verwaltungsvorstand intensiv beraten worden sei. Man sei sich darüber einig, dass man Maßnahmen treffen müsse, damit die Einwanderung aus Südosteuropa nicht mehr ganz so attraktiv sei. Man habe inzwischen um die 3000 zusätzliche Menschen in unserem Sozialsystem, die man versorgen müsse. Sie nimmt Bezug auf das von Herrn Ostermann zitierte Urteil. Wenn man sich nicht mit allen Möglichkeiten, die zur Verfügung stünden, dagegen wehren werde, werde man den Haushalt um weitere 5 Millionen € nach oben setzen müssen. Man habe recherchiert, dass die Praxis auch in anderen Kommunen so sein werde, dass keine positiven Bescheide herausgegeben würden. Der Städtetag und andere Gremien würden aktiv werden, um dieses Urteil anzufechten. Man sei in diesem Zusammenhang auf eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Jobcenter, der Ausländerbehörde und dem Gesundheitsamt angewiesen.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass sich diese Maßnahme auf das SGB II beziehe und lange vor dem Urteil des Bundessozialgerichtes konzipiert worden sei. Sie habe keine unmittelbaren Auswirkungen auf den vorher beschlossenen Haushalt, sondern sei eine Situationsbeschreibung gegenüber der Kommunalaufsicht. Man wolle damit deutlich machen, dass die Stadt Hagen auch in besonderem Maße von der EU-Zuwanderung betroffen sei und intensiv daran arbeite, den Zugang dieser Zielgruppe zu unseren Sozialsystemen zu vermeiden. Das wolle man nachhalten und als Konsolidierungserfolg nachweisen. Insofern sei es ein virtueller und kein unmittelbar kassenwirksamer Erfolg, der hier abgebildet werde. Es ginge um eine vermiedene Steigerung der Kosten. Er hoffe, dass die rechtliche Lücke im SGB XII, die zu dem Urteil geführt habe, schnell durch einen Gesetzentwurf geschlossen würde. Er schlage vor, diese beiden Themen hier nicht zu vermischen, sondern in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses über die Auswirkungen des Urteils zum SGB XII zu berichten.

Frau Küper macht deutlich, dass es hier um Missbrauchsbekämpfung gehe. Dass dieser vorhanden sei, habe sich mittlerweile dadurch erwiesen, dass drei oder vier Arbeitgeber ihr Gewerbe völlig abgemeldet hätten oder verschwunden seien und das Gewerbe aufgelöst worden sei. In 60 oder 70 Fällen hätten die Kunden nie bei dem Arbeitgeber gearbeitet, obwohl Verdienstbescheinigungen vorgelegt worden seien. Sie wisse, dass in der Vergangenheit im Sozialausschuss immer bezweifelt worden sei, dass es Missbrauchsfälle gebe. Sie versichere, dass es diese Fälle gebe. Das seien die Fälle, die diese Einsparung erbringen sollten. Nachzuweisen sei dieser Betrag nicht, weil man dieses Geld nicht ausgegeben habe.

Herr Sondermeyer bezweifelt den Missbrauch. Das müsse erst einmal nachgewiesen werden.

Herr Ostermann erklärt, dass er den Antrag von Herrn Goldbach zielführend fände, dieses Thema außerhalb der Haushaltsberatung zu diskutieren.



Diese und die folgenden Maßnahmen seien Fragen politischer Natur.
Deshalb beantrage er im Namen seiner Fraktion, den Ersparnisbetrag bei dieser und den folgenden Maßnahmen jeweils auf 10% des vorgeschlagenen Betrages festzusetzen. Das Ergebnis bei dieser Maßnahme solle auf 50.000 € festgesetzt werden.

Frau Timm-Bergs merkt an, dass sie die Konsolidierungsmaßnahme als den weitestgehenden Antrag bewerte und daher über diesen zunächst abzustimmen sei.

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der Maßnahme zur Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen		2	
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD	1		
Die Linke		1	
BfHo/Piraten Hagen	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 3
Enthaltungen: 0

Herr Ostermann stellt fest, dass der von ihm gestellte Antrag damit obsolet sei.



4. Abstimmung über Maßnahme 16_55.005 – KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnung beim Jobcenter

Frau Timm-Bergs stellt fest, dass es keine Fragen oder Diskussionsbedarf zu dieser Maßnahme gibt und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen		2	
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD			1
Die Linke		1	
BfHo/Piraten Hagen	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 12
 Dagegen: 3
 Enthaltungen: 1

5. Abstimmung über Maßnahme 16_55.006 – KdU-Ersparnis durch Wohngelderhöhung

Herr Ostermann möchte wissen, ob es sich hierbei um die Fälle handele, bei denen Wohngeld plus Kindergeldzuschlag die Menschen aus dem Hartz-IV-Bezug herausführe.

Frau Küper bestätigt diese Annahme. Sie erläutert den Hintergrund.

Frau Sauerwein fragt, ob das auch für Menschen in Rente nach Grundsicherung gelte.



Frau Küper antwortet, dass man alle Fälle geprüft habe und 134 Fälle habe, bei denen man die Leistung habe wechseln können.

Herr Ostermann möchte wissen, ob der Betrag realistisch sei.

Frau Küper macht deutlich, dass die Wohngeldbeträge relativ hoch seien. Die Prüfungen seien noch nicht abgeschlossen. Das Jobcenter gebe sukzessive der Wohngeldstelle ihre Fälle. Es sei noch nicht absehbar, ob jeder abgegebene Fall ein Treffer werde.

Frau Timm-Bergs lässt über die Maßnahme abstimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der KdU-Ersparnis durch Wohngelderhöhung zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD	1		
Die Linke			1
BfHo/Piraten Hagen	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 1



6. Abstimmung über Maßnahme 16_55.013 – Streichung des Zuschusses Freiwilligenzentrale

Frau Kaufmann erklärt, dass man sich mit dem Stadtkämmerer einig sei, dass die Bedeutung, die die Freiwilligenzentrale für die Arbeit mit der ehrenamtlichen Hilfe bei den Flüchtlingen habe, enorm und daher unverzichtbar sei. Man spreche sich daher dafür aus, dieser Maßnahme nicht zuzustimmen.

Frau Engelhardt zeigt sich erfreut über diese Entscheidung des Kämmerers. Ihre Fraktion werde diese Maßnahme auch ablehnen.

Herr Ostermann zeigt sich überrascht über die Äußerung von Frau Kaufmann.

Frau Kaufmann macht deutlich, dass alle freiwilligen Maßnahmen, die die Stadt gewähre, zur Überprüfung gestellt würden. Das sei der grundsätzliche Ansatz, nach dem verfahren werde. In diesem Bereich lägen die einzigen Einsparmöglichkeiten. Dennoch habe man auch kritisch darüber diskutiert. Das nehme man auch für sich in Anspruch.

Frau Purps erklärt sich als Vorsitzende des Trägervereins für befangen und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Frau Timm-Bergs stellt die Maßnahme zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der Streichung des Zuschusses für die Freiwilligenzentrale zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU		4	
SPD		4	
Bündnis 90/ Die Grünen		2	
Hagen Aktiv		1	
FDP	1		
AfD		1	
Die Linke		1	
BfHo/Piraten Hagen		1	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 1
 Dagegen: 14
 Enthaltungen: 0



7. Abstimmung über Maßnahme 16_55.155 – Zuschusskürzung Seniorenbegegnungsstätten

Frau Sauerwein weist darauf hin, dass man über dieses Thema auch im Seniorenbeirat beraten werde. Sie sei als Vorsitzende des Seniorenbeirates vehement gegen diese Maßnahme. Die Arbeit in dem Bereich sei immens wichtig. Auch im Rahmen der Quartiersentwicklung könnten Seniorenbegegnungsstätten wichtige Zentren sein.

Sie befürchte, dass bei einer Durchführung der Kürzung die Seniorenbegegnungsstätten ihre Arbeit einschränken würden.

Herr Goldbach berichtet, dass man relativ zeitnah von der Fraktion Hagen-Aktiv Fragen zu dem Thema erhalten habe. Die Beantwortung dieser Fragen werde man noch einfließen lassen wollen.

Herr Homm berichtet von einem Besuch des Arbeitskreises der Begegnungsstätten. Er habe dort vernommen, wie wichtig diese Arbeit sei. Er bäte, diesen Vorschlag abzulehnen.

Frau Korflür beantwortet die Fragen der Fraktion Hagen Aktiv:

1. Liegen der Verwaltung Kenntnisse darüber vor, wie und an welchen Tagen die bestehenden Seniorenbegegnungsstätten frequentiert werden?

Es würden aktuell 8000 amtliche Begegnungsstätten zuzüglich 4 Filialbetriebe und 22 ehrenamtliche Betriebe gefördert. Zahlen über Verwendung der Förderung und Besucherzahlen lägen der Verwaltung nicht vor. Dem Jahresbericht der Verbände aus dem Jahr 2014 sei zu entnehmen, dass die hauptamtlich geführten Betriebe in der Regel an 5 Tagen geöffnet seien. Besucherzahlen variierten je nach Begegnungsstätte zwischen 4000 und 11000 Besuchern jährlich.

2. Können die dort angebotenen Programme auch von anderen Trägern angeboten werden?

Grundsätzlich würden dort ein Vielzahl von unterschiedlichen Angeboten, Kursen und Veranstaltungen gemacht. Durch die unterschiedlichen Begegnungsstätten sei eine wohnortnahe und quartiersbezogene Versorgung möglich. Das Angebot durch private Träger halte sie für schwierig, da diese ein wirtschaftliches Interesse hätten und Menschen mit geringem Einkommen möglicherweise ausgeschlossen würden.

Herr Ludwig erinnert daran, dass die Verbände vor vielen Jahren im Bereich der freiwilligen Leistungen gebeten worden seien, entsprechende Verträge mit der Sozialverwaltung abzuschließen. Das sei mit der Maßgabe erfolgt, dass es ab diesem Zeitpunkt jährlich eine prozentuale Steigerung geben solle. Seit diesem Zeitpunkt habe es in diesem Bereich keine entsprechenden Steigerungen gegeben. Im Gegenteil habe es immer wieder Kürzungsrunden gegeben.



Die Verbände hätten schweren Herzens zugestimmt, weil daran immer eine Vertragsverlängerung gekoppelt gewesen sei. Der letzte Puffer sei in der letzten Kürzungsrunde der Globalzuschuss an die Verbände gewesen. Er macht darauf aufmerksam, dass für den Fall, dass diese Kürzung durchgesetzt würde, schmerzliche Einschnitte folgen würden. Das gehe an die Substanz und er bitte den Sozialausschuss ganz herzlich, diese Maßnahme mehrheitlich abzulehnen.

Frau Timm-Bergs stellt die Maßnahme zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der Zuschusskürzung für die Seniorenbegegnungsstätten zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD		4	
Bündnis 90/ Die Grünen		2	
Hagen Aktiv		1	
FDP	1		
AfD		1	
Die Linke		1	
BfHo/Piraten Hagen		1	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 6

Dagegen: 10

Enthaltungen: 0

8. Abstimmung über Maßnahme 16_FBOB.003 – Einstellung des Zuschusses für die Beratungsstelle (Opfer von Menschenhandel)

Frau Timm-Bergs stellt fest, dass es zu dieser Maßnahme keine Fragen oder Beratungsbedarf gibt und stellt sie zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der Einstellung des Zuschusses für die Beratungsstelle (Opfer von Menschenhandel) zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD		4	
Bündnis 90/ Die Grünen		2	
Hagen Aktiv		1	
FDP	1		
AfD		1	
Die Linke		1	
BfHo/Piraten Hagen		1	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 6
Dagegen: 10
Enthaltungen: 0

8. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.30 Uhr

gez. Ramona Timm-Bergs
Vorsitzende

gez. Sabine Högbe
Schriftführerin